

## Unionspolitiker für härteres Vorgehen gegen Täter – samt verpflichtender Fußfessel

Stand: 16.08.2020 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Martin Lutz**  
Reporter Investigative Recherche

Ein Rechtsexperte und eine Familienpolitikerin aus der Bundestagsfraktion der Union fordern in einem Zehn-Seiten-Papier schärfere Maßnahmen gegen Sexualstraftäter. Die bisherigen Vorschläge der Justizministerin finden sie gut – sie gehen ihnen aber nicht weit genug.

Im Kampf gegen sexuelle Gewalt an Kindern (/themen/kindesmissbrauch/) fordern Rechts- und Familienpolitiker der Unionsfraktion im Bundestag härtere Maßnahmen. Dazu gehört die Verpflichtung für Täter, eine Fußfessel (/themen/elektronische-fussfessel/) zu tragen.

Bei solchen, die keine ernsthafte Bereitschaft erkennen ließen, „pädophile Neigungen therapeutisch behandeln zu lassen, muss etwa über die Verpflichtung zum Tragen einer elektronischen Fußfessel, engmaschige Überwachung und Meldepflichten sichergestellt werden, dass ihre Resozialisierungsgeschichte besser begleitet wird“, heißt es in einem Positionspapier mit dem Titel „16 weitere Ansätze zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder“, das WELT AM SONNTAG vorliegt.

Verfasst haben die zehn Seiten die Vize-Fraktionschefs Thorsten Frei und Nadine Schön. Den Einsatz von Fußfesseln begründete Rechtsexperte Frei gegenüber WELT AM SONNTAG so: „Wenn man wissen will, ob ein Pädokrimineller immer wieder Zeit mit einem Kind in der Nachbarschaft verbringt, müssen Gerichte bei der Verhängung von Führungsaufsicht leichter eine elektronische Fußfessel anordnen können.“

Würden Kontakte zu Kindern oder alleinstehenden Müttern gesucht, müssten die Warnsignale auch bei den Behörden ankommen. Um Täter auf frischer Tat in Kindersexforen erwischen zu können, möchte Frei verstärkt auch nächtliche Durchsuchungen.

Da es sich immer wieder zeige, dass Täter nachts am Computer Bilder und Videos online stellten oder abriefen, „müssen die Möglichkeiten für Hausdurchsuchungen zur Nachtzeit

erweitert werden“, heißt es in dem Papier. So stiegen die Chancen, dass Täter ihre Rechner gerade benutzten und dieser nicht mittels Verschlüsselungen gesichert werden könne.

„Die Pläne aus dem Bundesjustizministerium müssen erweitert werden“, verlangte Frei. Er sei froh, dass Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) Anfang Juli „auf Druck der Union“ wichtige Strafverschärfungen und Verbesserungen bei den Familiengerichten angekündigt habe:

„Aber es fehlen noch entscheidende Punkte, vor allem Befugnisse für die Ermittler oder die Gerichte.“ Es werde Zeit, endlich mit den nötigen Gesetzen dafür zu sorgen, „dass Kinderschänder in Deutschland nicht mehr ruhig schlafen können“.

Die Familienpolitikerin Schön sagte, solche Straftaten fielen nach wie vor viel zu selten auf und würden viel zu spät aufgedeckt: „Mit unserem Maßnahmenpaket wollen wir dieses Problem jetzt noch stärker angehen.“ Auch der Jugendmedienschutz (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/kinder--und-jugendschutz-in-der-digitalen-welt/121786>) müsse angepasst werden. Online würden Kinder immer öfter „für potenzielle Täter zur leichten Beute“, also müsse man „auch die sozialen Medien stärker in die Verantwortung nehmen“, forderte Schön.

Hintergrund dieser Vorstöße ist ein erheblicher bundesweiter Anstieg bei Kinderpornografie und Kindesmissbrauch im Jahr 2019. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) nahm die Verbreitung kinderpornografischer Schriften um 64,6 Prozent zu; registriert wurden 12.262 Fälle. Beim Kindesmissbrauch waren es 13.670 Fälle – ein Anstieg um 10,9 Prozent. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte die Zahlen bei der Vorstellung der PKS als „dramatisch“ bezeichnet.

***Dieser Text ist aus WELT AM SONNTAG.***